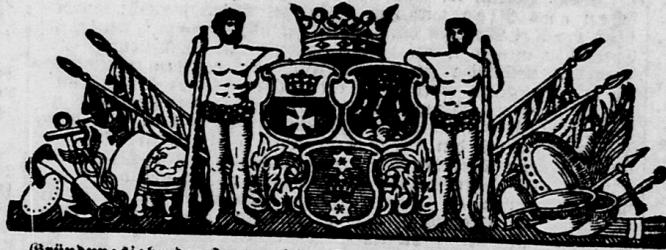


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld). Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Reuher): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg. Postfach Nummer: 141, Königsberg. Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelkirche 7. (Lizenz 6202/3.)

Zum Königsberger Generalstreik. — Beendigung des Abwehrstreiks. Versailles: Verlängerung der Verhandlungsfrist. — Letztlich-bolschewistische Kämpfe in Riga.

Infolge des von bürgerlicher Seite als Gegenmaßnahme gegen den Generalstreik der Unabhängigen eingeleiteten Abwehrstreiks erklärten sich auch Königsberger Zeitungen zu einem einheitlichen Vorgehen bereit und hatten für Dienstag Abend ihre Erscheinen eingestellt. Nachdem der bürgerliche Gegenstreik beendet und auch die Telegraphen- und Eisenbahnsperre wenigstens teilweise aufgehoben ist, erscheint wieder — nach vierundzwanzigstündiger Unterbrechung des Betriebes — unsere fällige Morgenzeitung, allerdings in der durch die Zeitverhältnisse gebotenen Einschränkung.

Die Schriftleitung.

Der Generalstreik.

Unsere Feinde wollen uns erdroffen, zerstückeln, vernichten. Wir führen einen Verzweiflungskampf ums Recht, um unser Dasein. In diesen Tagen soll es sich entscheiden, ob es uns gelingen wird, die ungeheuerlichen, mörderischen sogenannten Friedensbedingungen von uns abzuwehren. Nichts wäre uns da nötiger, als einig zu sein und einig zu handeln. Für alle Schichten müsste diese Mahnung zwingendes sittliches und vaterländisches Gesetz sein, nicht zuletzt auch für die Arbeiter. Denn bringt es der brutal über das Wohl und Wehe von Mitteleuropa hinwegschreitende heutige Entente-Kapitalismus fertig, uns den schmachvollen „Frieden“ aufzunötigen, den er uns androht, dann würde es in erster Linie, wie Reichspräsident Ebert jüngst in einer Ansprache zutreffend ausgeführt hat, unsere Arbeiterschaft sein, die unter den grausamen, blutfaugerischen Bedingungen elend und jämmerlich zusammenbrechen müsste.

Also unsere Lage ist die denkbar furchtbarste. Ketten kann uns nur Einigkeit, Selbstzucht, innere Disziplin und zähe, unverdröffene Arbeit. Und doch erliegt ein Teil der Arbeiterschaft immer wieder den Agitationskünften der Unabhängigen und Spartakisten, deren Befreiungen, wie zahllose Beispiele gezeigt haben und immerfort zeigen, auf innere Verwirrung und Zerstückelung jedes sozialen und nationalen Gemeinschaftsgefühls hinauslaufen, denen jeder Akt der Selbstzerstörung, jede noch so frevelhafte Schädigung des staatlichen und kommunalen Wirtschaftslebens rech ist.

So schwer und verhängnisvoll die Bedängnisse sind, die uns von unseren äußeren Feinden bereit werden, die von Unabhängigen und Spartakisten betrieben, unsere Selbstzerstörung, ihre ewigen Streiberanstaltungen, aus nächster Nähe, aus bloßen politischen-agitatorenischen Gründen, — all dies ist auf die Dauer für unsere staatliche Existenz gefährlicher als jede Bedrängnis, als selbst die grausamsten Maßnahmen der Feinde. Gilt für diese das Wort, daß, wer Deutschland die Arbeitslosigkeit nimmt, das deutsche Volk tötet, so erst recht in vielfach verstärktem Grade, für diejenigen verbildeten Volksgenossen, die ihre politische Anhängerschaft in einen radikalen Zettel hineinziehen, den Massen die Arbeitslosigkeit rauben, sie — unter schwersten Schädigungen der Gesamtheit, — dem Müßiggang in die Arme führen.

grabowa — anscheinend in sehr unbekümmerter Weise oder gar ganz demüht und gewollt — bei Abhaltung einer Versammlung in Widerruch zu den Vorschriften des Belagerungszustandes gelezt, denen unweit des Masurenstädtchen unterworfen ist. Aber mehr als die formelle Nichtachtung jener Vorschriften dürfte für das Aufreten des Herrn G. in Marggrabowa die Tatsache kennzeichnend sein, daß in der gleichen Versammlung, in der er gegen die Regierung Ebert-Scheidemann domerte, drei polnische Agitatoren und ein Matrose unabhängiger oder spartakistischer Richtung ihre staatsgefährliche Weisheit an den Mann zu bringen suchten. Ob seine Verhärterung sich aus den Umständen rechtfertigte, kann nach dem, was bisher über die Marggrabowauer Vorgänge bekannt geworden ist, nicht mit Sicherheit beurteilt werden. Jedenfalls war es aber von den Königsberger Unabhängigen ganz unerhört, nach dem üblichen Beispiel, das im März ihre Berliner Gesinnungsgenossen um Ledebours und Radetski willigen gaben, wegen des gerichtlichen Verfahrens, das G. in Marggrabowa gegen sich heraufbeschworen hatte, mir nichts, dir nichts in einen politischen Streik einzutreten! Am Dienstag morgen ist im übrigen, wie im Laufe des gestrigen Tages von der Pressstelle des Reichskommisars mitgeteilt wurde, bereits auch wieder — unbeschadet des weiteren Fortganges des anhängig gemachten Gerichtsverfahrens — die Haftentlassung G.s erfolgt. Der vom Jaun gebrochene Streik stellt sich um so mehr als ein durch nichts gerechtfertigter Schritt, als eine Art übermütiger Herausforderung dar. Bezeichnend für die frivol-herausfordernde Stimmung in den Kreisen unserer Ueber-Kabitalen ist auch, daß sie, wie uns versichert wird, an die Behörde die Forderung gestellt hätten, ihren Herrn G. einens in einem besonderen amtlichen Auftrags nach Marggrabowa nach Königsberg zurückzuführen. Die Unabhängigen verlangen damit gleichsam eine „Extra-Beurlaubung“ für ihren Agitator; sie hoffen anscheinend, Herrn G. auf diese Weise als stolzen Triumphtor in Königsberg einzuführen zu sehen. In der Tat, alles was möglich ist!

Daß auch der bürgerliche Gegenstreik eine zweijährige Waffe ist und bittere Härten mit sich bringen kann, läßt sich keinen Augenblick verlernen. Aber er ist ein äußerster Akt der Selbsthilfe, und er hat, wie man sich erinnern wird, mit Beharrlichkeit durchgeführt, im Verlaufe der vergangenen streikbelegten Monate in einer Anzahl von Städten, wie in Bremen, Hamburg, Düsseldorf, Wülstheim an der Ruhr usw. zeitweilig zum Erfolg geführt. Er ist letzten Endes ein Gebot der Selbstbehauptung und gehört sozusagen ebenfalls in die Kategorie der letzten Mittel, die man nach dem bekannten Dichterwort anwendet, wenn nichts anderes mehr verlangen will.

Unter allen Umständen aber ist es dringend notwendig, das Ende des Streikkampfes mit allen seinen tiefreichenden Störungen und Schädigungen so rasch als möglich herbeizuführen. In diesem Sinne sind denn auch die berufenen Stellen unverweilt tätig geworden, und sie haben erreicht (siehe die Mitteilungen an anderer Stelle), daß der bürgerliche Abwehrstreik nach nur eintägiger Dauer — also bereits am gestrigen Abend — eingestellt wurde und von heute früh ab die hinter dem „Alltagsauschuss“ für den Abwehrstreik“ stehenden Organisationen und Betriebe die Arbeit wieder aufnehmen werden. Fragt sich nur, und das ist als ausschlaggebend für den weiteren Verlauf der Dinge, was die Gegenseite tun wird. Einstweilen soll man im Lager der Unabhängigen noch keine endgültigen Entschlüsse gefaßt haben. Die Regierung will jedoch ihrerseits mit allen Nachmitteln dafür sorgen, daß auch die auf Geheiß der Unabhängigen streikende Arbeiterschaft heute wieder zu ihren Arbeitsstätten zurückkehrt. Möchten die Streikenden die behördlichen Einwirkung zugänglich sein und zur Selbstbestimmung zurückkehren. Nur Einigkeit und Arbeit können uns retten.

WTB. Allenstein, 20. Mai. Die „Allst. Ztg.“ meldet: Auch die Arbeiter in Allenstein planen eine Auslandsbewegung. Mittags fand eine Sitzung der freien Gewerkschaft statt, in der ein Bescheid gefaßt worden ist, morgen Mittag in einen dreitägigen Generalstreik der gesamten Allensteiner Arbeiterschaft einzutreten zum Zwecke der Unterstützung der Eisenbahner, Holzarbeiter, Bureauangestellten und städtischen Arbeiter. Der Betrieb auf den Eisenbahnwerkstätten ist eingestellt worden, weil die Arbeiter ein 20 Pfennig geringeres Stundenlohn erhalten als die Arbeiter in Osterode. Bei den ante an Arbeitergruppen soll die Anerkennung der Tarifverträge durch die Arbeitgeber erwirkt werden. Heute Abend um 1/2 Uhr soll eine allgemeine Arbeiterversammlung im Schloßgarten stattfinden, bei der endgültig Beschluß gefaßt werden soll. Gas, Wasser und Elektrizitätswerk sollen in Betrieb bleiben. Man hofft, den Besonzenzugverkehr der Hauptstrecke in vollem Umfange aufrecht zu erhalten und auch in beschränktem Maße den Güterverkehr durch den Bahnhof Allenstein durchzuführen zu können. Rangiermaschinen und Diebstahls werden, soweit es notwendig ist, von den Beamten selber bedient.

Generalstreifgegner entlassen.

WTB. Berlin, 20. Mai. In der Generalversammlung der Metallarbeiterverbände wurde ein von den revolutionären Vertretungsleuten einbrachten Antrag mit 300 gegen 100 Stimmen angenommen, sämtlichen Angeklagten und sieben oder acht Gewerkschaftsleitern unter Vorauszahlung eines Vierteljahresgebalts sofort die Entlassung zu geben. Die Angeklagten waren gegen den Generalstreik und hatten vor ihm als einem die Arbeiterschaft und das ganze Volk schädigenden Beginnen gewarnt.

Unsere Gegenvorschläge im Friedensauschuss.

nn. Berlin, 20. Mai. Ueber die gestrige streng vertrauliche Sitzung des Friedensauschusses verlautet, daß die Regierung den Ausschuss mit den deutschen Gegenvorschlägen belannt gemacht hat. Zu Beginn der Sitzung sprach Ministerpräsident Scheidemann. An der weiteren Aussprache beteiligten sich besonders Dernburg, Erzberger, Roske, Gothein und Dr. David. Die deutsche Antwort auf den Friedensvorschlag ist fertiggestellt und dürfte noch heute durch einen Kurier nach Versailles gebracht werden. Die Uebernahme an die Entente wird voraussichtlich am Donnerstag stattfinden. Die Veröffentlichung der deutschen Antwort wird nicht vor Donnerstag erfolgen. Was den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge anlangt, so kann bisher nur gesagt werden, daß sie sich im Gegensatz zu den Friedensbedingungen der Entente eng an die 14 Punkte Wilsons anschließen.

Vor der Sitzung des Friedensauschusses war das Reichskabinett zusammengesetzt. Anwesend waren auch die aus Spaa zurückgekehrten Minister Dr. Dernburg und Wisell und Unterstaatssekretär Dr. Zöpfler. Reichsfinanzminister Dernburg erstattete dem Kabinett Bericht über die Besprechungen mit dem Grafen Hanfau. In Kreisen der deutschen Delegation in Versailles ist man der Ueberzeugung, daß das Datum des 22. Mai keineswegs verpflichtet, an diesem Tage mit Ja oder Nein zu antworten. Die Delegation wird die bis zu diesem Tage fertig gewordenen Gegenvorschläge der Entente übermitteln und ihr dann eine Verlängerung der Frist erteilen. Daß diese Frist, wenn auch nicht um Wochen, sondern vielleicht nur um Tage verlängert wird, erscheint wahrscheinlich. Sie muß verlängert werden, weil es nach Clemenceaus Worten der Delegation ist, ihre Einwendungen in einem einzigen Dokument am 22. Mai abzuschließen, und somit würde die von der Entente vorgezeichnete Prüfung eine Fristverlängerung bedeuten. Man braucht sich nach wie vor keiner trügerischen Hoffnung auf irgend ein Entgegenkommen seitens der Verbände hinzugeben. Aber man sollte sich nicht die wenigsten Wege oder besser den einzigen Weg verweigern, der übrigbleibt.

Fristverlängerung zur Unterzeichnung.

(Eigene Drahtung der „Hartung'schen Zeitung“).
B. D. Berlin, 20. Mai. Nach einer Mitteilung Wacel utins im „Echo de Paris“ wird, wie der „Deutschen Allg. Ztg.“ aus Versailles gemeldet wird, der Verband der Gewährungen einer weiteren Frist, die jedoch acht Tage nicht überschreiten dürfte, nicht entgegenstellen. Für den Unterzeichnungstermin gibt er die Zeit zwischen dem 5. und 8. Juni an. Auch Guin sieht wie andere Publizisten auf dem Standpunkt, daß Deutschland unterzeichnet werde, wenn nicht Graf Brockdorff-Rangau, dann sei es irgend ein Unabhängiger.

Auch die „Chicago Tribune“ will wissen, daß eine Fristverlängerung gewährt werde, die jedoch dann endgültig sei.

WTB. Versailles, 20. Mai. Die regierungstreuen Pariser Blätter scheinen heute auf eine mot d'ordre hin die ersten Folgen hervorheben zu sollen, welche aus einer Nichtunterzeichnung des Vertrages von Seiten Deutschlands entstehen würden. Die deutsche Delegation könne diese Folgen zweifellos und deshalb dürfe man erwarten, daß sie den Vertrag unterzeichnen würde.

Inannehmer, doch nicht unabänderlich.

WTB. Versailles, 19. Mai. Bei den am Sonntag in Spaa erolgenten Besprechungen zwischen den Reichsministern Dernburg, Graf Brockdorff-Rangau und Wisell, dem preußischen Finanzminister Eitelum und den aus Versailles und Berlin eingetroffenen Wirtschafts- und Finanzsachverständigen wurde vollkommene Uebereinstimmung dahin festgestellt, daß der Friedensentwurf der Entente in der vorliegenden Form unannehmbar ist. Bei dem in der gesamten Welt herrschenden Wunsch nach Herbeiführung eines dauernden Friedens soll jedoch von deutscher Seite nichts unversucht gelassen werden, eine brauchbare Grundlage für einen Frieden zu finden, der den wichtigsten Forderungen der Gegner Rechnung trägt und für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist.

Abänderung der Bedingungen über das Saarbecken.

WTB. Berlin, 20. Mai. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, will ein Wiener Blatt, von maßgebender deutscher diplomatischer Seite erfahren haben, daß der Friede nicht unterzeichnet werde, wenn die Entente auf Abtretung Oberschlesiens und von Teilen Westpreußens und Ostpreußens bestehen sollte. Der Friede werde nicht unterzeichnet, wenn die Bestimmungen über das Saarbecken außer Acht gelassen werden sollten. Der Pariser Korrespondent der „Daily News“ gewann angeblich den Eindruck, daß die Bedingungen über das Saarbecken geändert werden sollen. Frankreich solle während der nächsten zehn Jahre Kohlen in einer Menge von Deutschland erhalten, welche dem Ertrage der letzten französischen Bergwerksproduktion gleichkomme und zwar kostenlos. Außerdem werde Deutschland an Frankreich soviel Kohlen liefern wie die Gruben in Ostpreußen in den nächsten zehn Jahren weniger produzieren als vor dem Kriege. Diese Kohlen solle Frankreich jedoch vergüten.

Die deutsche Nationalversammlung wird angesichts ihrer nächsten Vollziehung voraussichtlich erst abhalten, wenn die Entscheidung über den Friedensvertrag gefallen ist. Ein weiterer Abschluß der Sommertagung in Weimar dürfte etwa bis zum 1. August dauern.